

**Wirtschafts-MAGAZIN**

■ **Genau genommen**

**D**ass der Kampf gegen die Bürokratie in Österreich ernst genommen wird, glaubt ohnedies kaum jemand. Nehmen wir das Arbeitnehmerschutzgesetz, da geht es um die Tätigkeit von Arbeitsinspektoren. Es besteht aus sage und schreibe 132 Paragraphen. Doch damit noch lange nicht genug, gibt es zusätzlich noch Verordnungen wie etwa die Arbeitsstätten-Verordnung, die ihrerseits wiederum 48 Paragraphen hat. Geschlagen wird sie noch von der „Allgemeinen Arbeitnehmerschutz-Verordnung“ mit 86 Paragraphen. Die Bauarbeiterschutzverordnung bringt es gar auf 164 Paragraphen. Die Liste des paraphierten Schwachsinn ließe sich noch lange fortsetzen. Kein Wunder, dass es „auffallend viele Beschwerden zur unübersichtlichen und veralteten Rechtslage gibt“, wie sogar das zuständige Wirtschaftsministerium zugibt. Jetzt soll eine Generalreform her. Bis die beschlossen und in Kraft ist, werden sich noch viele Unternehmer die Haare raufen müssen.

**Leitl:** Ohne neue Anreize sackt Österreich bei der Wettbewerbsfähigkeit immer weiter ab  
**„Paukenschlag bei den Investitionen“**

Die Prognose für das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr wird gerade nach unten revidiert, die Arbeitslosigkeit steigt weiter – alles Gründe für Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, offensiv zu werden: „Ich fordere die Regierung auf, einen Paukenschlag bei den Investitionen zu setzen. Diese sind

seit Jahren dramatisch rückläufig, dadurch sackt unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter ab, und es gehen Jobs verloren. Ein Modernisierungsschub hingegen wäre eine

VON GEORG WAILAND

Win-win-Situation für alle!“ Leitl fordert in diesem Zusammenhang einen Investitionsfreibetrag, wie es ihn ja schon früher einmal gegeben hat, für Kleinbetriebe sollte eine Investitionsprämie kommen. Leitl: „Natürlich kostet



Foto: www.picturedesk.com

**„ Wir brauchen ein starkes Medikament. Eine Grippetablette bei einer Lungenentzündung hilft nix.**  
 Leitl über den nötigen Impuls



DDr. Christian Pongratz, Donau-Universität Krems

**Experten FORUM**

**Kein Bankgeheimnis mehr, aber Staat pocht weiter auf das Amtsgeheimnis**

**D**ie Abschaffung des Bankgeheimnisses ist ein weiterer radikaler Eingriff des Staates in die Eigenverantwortung der Bürger. Bereits jetzt müssen sich die Österreicher zahlreichen Vorschriften beugen. Welchen Vorteil hat es vorzuschreiben, dass Geldtransaktionen völlig transparent sein müssen? Grundsätz-

lich spricht gegen die staatliche Einmischung, dass dadurch die Freiheit vernunftbegabter Erwachsener reduziert wird. Das Argument dafür ist, dass besagte Vernunft bei manchen mitunter nur mit Mühe zu erkennen ist. Wer aber garantiert, dass die Regelschreiber selbst vernünftig vorgehen? Wer kann vor

dem Hintergrund von Lobbying, Intransparenzen und Korruption behaupten, dass gerechte Lösungen entstehen? Warum muss ein unbescholtener Bürger zwangsweise in Finanzangelegenheiten transparent sein, solange das Amtsgeheimnis für die öffentliche Vergeltung gilt? Skandale aus der Vergangenheit machen deutlich,

# Wirtschafts-MAGAZIN

## 8 verlorene Jahre

Vergleich mit Vorkrisenniveau: Bruttoanlageinvestitionen



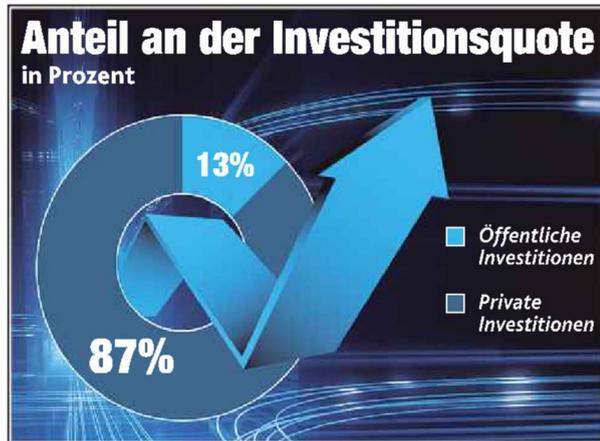
das was, aber alle Berechnungen zeigen, dass ein Mehrfaches des investierten Geldes wieder zurückkommt und so die Steuerrücklage füllt.“ Mit den zuletzt in der Koalition so beliebten kleinen Trippel-Schritten will sich Leitl nicht abfinden: „Wir brauchen ein stärkeres Medikament, eine Grippetablette bei einer Lungenentzündung würde auch nix helfen.“

Die Rhetorik Leitls wird von den Zahlen untermauert. Konkret: Die Bruttoanlageinvestitionen Österreichs erreichten 2015 erstmals wieder das Niveau von 2008 – in anderen Ländern war das viel schneller wieder geschafft. Leitl: „Das waren acht verlorene Jahre für die Wirtschaft.“

Besonders drastisch ist die Nettoinvestitionsquote abgesackt (dabei werden von den Bruttoinvestitionen die Abschreibungen abgezogen): Diese Nettoinvestitionsquo-

te ist seit dem Jahr 2000 von 13,5 auf nunmehr 5,2 Prozent, also um 60 Prozent nach unten gerasselt.

Wie wichtig es wäre, den privaten Sektor zum Investieren zu bringen, illustriert eine andere Zahl: Der Anteil der öffentlichen Hand an der Investitionsquote liegt bei 13



Prozent, jener der privaten Investitionen hingegen bei 87 Prozent. Leitl: „Das zeigt, wo man ansetzen müsste!“

Parallel dazu wurden auch Studien erstellt, wie es um das Investitionsklima in Österreich bestellt ist. Das Ergebnis: 70 Prozent der Unternehmen meinen, dass es „zu wenig Anreize für Investitionen gibt“. Und 76 Prozent der Unternehmen sind gar der Auffassung, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich „in die falsche Richtung entwickeln“.

Erstmals wurde auch abgefragt, wie die Privatangelegten dieses Investitions-Dilemma beurteilen. Prof. Filzmaier (Institut für Strategieanalysen): „Vor allem in Kleinbetrieben sehen die Mitarbeiter die Situation genauso kritisch wie ihre Chefs.“

## Stichwort

### Intelligente Autos



Foto: Autoblümel

**Günther Blümel, Autospengler-Innung**

Die Autos der Zukunft werden über das Internet durch viele neue Funktionen direkt vernetzt sein, auch mit Werkstätten?

Das nennt sich „e-calling“. Es hat gute Seiten, aber auch Gefahren. Zum Beispiel kann gemessen werden, ob und wie oft sich jemand anschnallt. Daraus sind dann Rückschlüsse auf das Unfallrisiko und damit auf den Tarif bei der Versicherung ableitbar.

Das geht dann über den Bordcomputer?

Genau, in Notfällen wird direkt die Rettung gerufen, das ist sicher positiv. Aber auch vom Pizzabestellen bis zur Reparaturwerkstätte liefert er alles. Man wird so zum gläsernen Autofahrer.

Da kann man sich vorstellen, dass dann die eigenen Markenwerkstätten bevorzugt genannt werden, wenn ein Problem auftritt.

Das ist zu befürchten, und für die unabhängige Kfz-Werkstätten wird's dann schwieriger. Womöglich müssen wir etwas zahlen, um in die Liste aufgenommen zu werden. Umgekehrt ist die Frage, ob der Kunde überhaupt will, dass er auf diese Art und Weise bevormundet wird.

dass ein Bedarf an mehr Transparenz und Aufsicht nicht nur bei Privaten besteht. Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten – das gilt auch für diejenigen, die bei eigenen Beschaffungsvorgängen nur minder auskunftsfreudig sind, aber die Bevölkerung lückenlos kontrollieren wollen.

„A little less conversation, a little more action!“

Bundeskanzler Christian Kern, einen Elvis-Presley-Song zitierend, zu den Erwartungen an die Regierung.

„Der Wasserkrug ist voll. Das Wasser muss nur in die richtigen Gläser eingefüllt werden.“

Alexander Klacskas, WKÖ-Bundesspartenobmann Transport und Verkehr, wünscht sich eine teilweise Zweckwidmung der Lkw-Mautentnahmen für den Ausbau des niederrangigen Straßennetzes.

## „Zitate“

„In Zeiten wie diesen sind Veranlagungen, die Erträge bringen, eher eine Seltenheit!“

RZB-Boss Walter Rothensteiner auf die Frage, ob man nach Fusion von RZB und RBI Beteiligungen wie z. B. an der Leipnik-Lundenburger behalten wird.

„Hilfe für erwachsene Legatheniker.“

Aus dem „Wochenpiegel“ (Lübeck).

„George Washington hat gesagt: ‚Neue Schulden zu machen, ist nicht die feine Art, die alten Schulden auszugleichen.‘“

Minister Hans Jörg Schelling.

„Klimawandel? Wir sind gerüstet, aber ich glaube nicht, dass wir hier bald Palmen haben...“

Oliver Attensam, Chef der gleichnamigen Hausbetreuungsfirma, zu den Aussichten fürs umsatzmäßig wichtige Schneeräumungs-Geschäft.